

DEUTSCHER APOTHEKERTAG 2026 – München

Hauptversammlung der deutschen Apothekerinnen und Apotheker

Drucksache 1.26

Antragsteller:	Landesapothekerkammer Thüringen
Antragsgegenstand:	Schutz des Vertrauensverhältnisses im Gesundheitswesen: Verbot missbräuchlicher Deepfakes

Antrag

Die Hauptversammlung der deutschen Apothekerinnen und Apotheker fordert die Bundesregierung auf, sich im Rahmen laufender und künftiger Gesetzgebungsverfahren für weitergehende gesetzliche Regelungen gegen Deepfakes im Gesundheitswesen einzusetzen.

Insbesondere soll sich die Bundesregierung dafür einsetzen, dass:

- die Erstellung und Verbreitung von KI-generierten Deepfakes realer Personen ohne deren ausdrückliche Einwilligung grundsätzlich verboten wird,
- Deepfakes im Gesundheitswesen als besondere Gefährdung des Patient*innenschutzes und des Vertrauens in Heilberufe gesetzlich ausdrücklich berücksichtigt werden,
- die missbräuchliche Nutzung von Abbildungen, Stimmen oder Identitäten von Apotheker*innen, Ärzt*innen und anderen Gesundheitsberufen zu Werbe-, Täuschungs- oder Betrugszwecken wirksam sanktioniert wird,
- digitale Plattformen verpflichtet werden, entsprechende Inhalte schnell zu entfernen sowie wirksame Erkennungs- und Meldestrukturen vorzuhalten,
- Kennzeichnungspflichten für KI-generierte Inhalte allein nicht als ausreichende Schutzmaßnahme angesehen werden.

Begründung

Deepfake-Technologien entwickeln sich mit hoher Geschwindigkeit und ermöglichen inzwischen täuschend echte Video-, Bild- und Audiofälschungen. Bereits heute werden gefälschte Inhalte genutzt, um mit vermeintlichen Empfehlungen von Ärzt*innen oder Apotheker*innen für dubiose Arzneimittel, Nahrungsergänzungsmittel oder Gesundheitsprodukte zu werben.

Dadurch entsteht eine erhebliche Gefahr für Patient*innen sowie für das Vertrauen in Heilberufe insgesamt. Apotheker*innen genießen in der Bevölkerung ein besonderes Vertrauen. Dieses Vertrauensverhältnis ist eine zentrale Grundlage der Arzneimittelversorgung und Gesundheitsberatung in Deutschland.

Die derzeit diskutierten europäischen Regelungen zu sexualisierten Deepfakes stellen zwar einen ersten wichtigen Schritt dar, greifen jedoch zu kurz. Deepfakes im Gesundheitswesen, in der Wissenschaftskommunikation sowie im politischen Raum können ebenfalls erheblichen gesellschaftlichen Schaden verursachen und demokratische sowie gesundheitliche Strukturen untergraben.

Eine bloße Kennzeichnungspflicht für KI-generierte Inhalte reicht angesichts der Dynamik sozialer Netzwerke und der zunehmenden Professionalität solcher Manipulationen nicht aus. Erforderlich sind klare gesetzliche Grenzen, wirksame Sanktionen und ein konsequenter Schutz realer Identitäten.